

Dresdener Nachrichten

Tageblatt

für
Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

№. 50.

Freitag den 19. Februar

1858.

Erscheint tägl. Morg. 7 Uhr. Inserate die Spaltzeile zu 5 Pf. werden bis Abends 7 Uhr (Sonntags von 11—2 Uhr) angenommen. 1. Abonnement à Vierteljahr 1 Thlr., (60 Zeilen unentgeltl. Inserate); 2. Abonnement à Vierteljahr 15 Ngr. bei unentgeltl. Lieferung in's Haus. Für auswärt's durch die Post à Vierteljahr 19 Ngr. — Einzelne Nummern 1 Ngr. Expedition: Johannes-Allee 6 u. Waisenbaustraße 6 pl.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Dresden, den 19. Februar.

— In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer brachte Abg. v. Schönberg folgende Interpellation vor: „Es sei im Lande vielfach das Gerücht verbreitet, das Cultusministerium habe seiner Verwaltung anvertraute Capitalien, nachdem die bisherigen Schuldner sich zur Erhöhung des Zinsfußes auf 4½ Proc. nicht hätten verstehen wollen, gekündigt und die dadurch disponibel gewordenen Summen zur Uebernahme eines Theiles der der Regierung reservirten Aktien der Leipziger Creditanstalt verwendet und so einen nicht unbedeutenden Gewinn erzielt. Es liege ihm viel daran, dem Gerüchte von dieser Spekulation in Industriepapieren widersprechen zu können, und er erbitte sich deshalb vom Ministerium die nöthige Aufklärung.“ Zur Beantwortung dieser Interpellation erklärte Staatsminister v. Falkenstein: Das Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts habe es sich aufs Höchste angelegen sein lassen, die seiner Verwaltung anvertrauten sehr bedeutenden Stiftungscapitalien gegen landesüblichen Zinsfuß so sicher als möglich anzulegen. Das Steigen des letzteren habe eine Erhöhung des Zinsfußes dieser Capitalien gerechtfertigt, die sich überdem mit wenigen Ausnahmen sämtliche Betreffende hätten gefallen lassen. In Industriepapieren sei angestellten Erörterungen zufolge, abgesehen von einer Anzahl Berliner Bankaktien, die aber der Stifter selbst gekauft und deren Erhaltung gewünscht hätte, keines der dem Cultusministerium anvertrauten Stiftungscapitalien angelegt. Von der augenblicklichen Uebernahme einer Partie Creditaktien sei aber bei dem hohen Course dieser Papiere irgend eine Gefahr nicht zu befürchten, wohl aber ein bedeutender Gewinn zu erzielen gewesen. Auch habe das Ministerium, weit entfernt, speculiren zu wollen, sich dieser Papiere sofort wieder entledigt. Auf Anfrage des Präsidenten erklärt sich der Interpellant mit dieser Auskunft befriedigt, obwohl er nicht unterlassen kann, den Wunsch auszusprechen, es möchten ähnliche Unternehmungen, so vortheilhaft sie auch an sich erscheinen könnten, in Zukunft vermieden werden, indem er in dieser Beziehung Weiteres einem besondern Antrage vorbehält. — Sodann ging die Kammer über zur Berathung des Etats: „Beiträge zu den Ausgaben des deutschen Bundes“. Die

postulirte Summe von 23,000 Thlr. — welche mit 12,000 Thlr. auf die deutsche Centralgewalt, mit 11,000 Thlr. für Bundesfestungen und allgemeine Bundeszwecke entfallen — wird ohne Weiteres genehmigt. Es entspann sich über den Deputationsbericht, dessen Schlusssätze wir neulich schon mitgetheilt, eine längere allgemeine Discussion. Abg. Georgi: Er wolle nicht über das Kapitel der Bundesreform sprechen, sondern nach einer andern Richtung hin die Ausbildung der Bundesverhältnisse hervorheben, nämlich in Bezug auf eine gemeinsame Gesetzgebung. Man müsse anerkennen, was hierüber in Ausführung begriffen sei. Er weise nur auf die gegenwärtigen Berathungen in Nürnberg über eine gemeinsame deutsche Handelsgesetzgebung hin, von denen man ein ersprießliches Resultat — wie er als Mitglied jener Commission versichern könne — erwarten dürfe. Der eingeschlagene Weg werde sich auch für ein weiteres Feld der Gesetzgebung wohl eröffnen lassen — eine den auf gleichen Rechtsgrundlagen stehenden deutschen Staaten gemeinsame Civilgesetzgebung, sowie eine übereinstimmende Strafgesetzgebung und ein auf gleiche Grundsätze stehendes formales Recht werde sich erreichen lassen. Man möge fortfahren auf dem eingeschlagenen Wege, und man werde zur Einigkeit, wenn auch nicht zur Einheit Deutschlands gelangen. Abg. Falcke tadelt den deutschen Bund wegen seiner neueren Thätigkeit in Verfassungs-Angelegenheiten der einzelnen Staaten und meint, er könne sich dadurch nicht die Sympathien des Volkes erwerben. Abg. Niesel: Der Bund habe gar nichts gethan seit seiner Wiedereinsetzung. Nach Außen habe er das deutsche Volk nicht schützen können — in Schleswig-Holstein — und wenn der Bund nur dazu wäre, um im Innern Deutschlands zu wirken, so brauche man ihn gar nicht, das besorge jede Regierung schon allein. Abg. Jungnickel will daran erinnern, wie es denn mit dem Projecte einer Volksvertretung am Bunde stünde? Man habe 1850 ständischer Erit's darauf einen Antrag gerichtet und die Regierung habe ihn in dem Sinne auch acceptirt, daß man darunter eine Vertretung aus den Stände-Kammern verstünde. Auf dem folgenden Landtage sei die Sache zwar wieder zur Sprache gebracht worden, indeß habe man sie nicht weiter verfolgt, da man den früheren Antrag noch für bestehend gehalten. Abg. Georgi: Die Dep. habe deshalb unterlassen, einen weiter gehenden